

Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Sitz Berlin
Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse) Sitz Hamburg

Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 1,50 M.
vierteljährlich durch Streifband 1,80 M.

Schriftleitung: Berlin S42, Luisenauer 1. Tel Mpl. 3725
Postcheckkonto: Berlin 10301, Albert Lehmann

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Millimeterzeile 0,15 Goldmark. Bei Abschlüssen Rabatt, der nur als Kasserabatt gilt.
Verbandsmitglieder zahlen für Gelegenheits-Anzeigen pro Wort 0,10 Goldmark, das fettgedruckte Überschriftswort 0,30 Goldmark. Die Preise sind freibleibend.
Alleinige Anzeigenannahme durch Krieger-Dank G. m. b. H., Berlin SW 11, Königgrätzer Straße 97 Fernspr.: Nollendorf 3005 bis 3006. Postcheckkonto Berlin 47910.

Für die Zeit vom 15. bis 21. und 22. bis 28. November ist der 46. und 47. Wochenbeitrag fällig.

Der Gärtnerstag 1926 in Dresden.

Anlässlich der Jubiläums-Gartenbau-Ausstellung vom 23. April bis Anfang Oktober 1926 in Dresden findet in der ersten Julihälfte eine große öffentliche Tagung unseres Verbandes

statt. Ihre Dauer ist für zwei Tage vorgesehen und mit Besichtigung der Ausstellung, der Stadt und ihrer Umgegend verbunden.

Das vorläufige Programm:

Sonnabend Abend festlicher Empfang der auswärtigen Gäste durch die Dresdener Ortsverwaltung. Sonntag Vormittag öffentliche Tagung (Tagesordnung wird später bekanntgegeben), nachmittags Besichtigung der Ausstellung. Montag Besichtigung der Großgärtnereien, der Gärtnerlehranstalt Pillnitz, verschiedene Ausflüge nach Meißen, Sächsische Schweiz usw.

Die Ausflüge werden gruppenweise und unter Leitung ortskundiger Führer unternommen. Die Wahl der Ausflüge bleibt jedem Teilnehmer selbst überlassen.

Kollegen, die sich länger als zwei Tage aufhalten können, haben Gelegenheit, größere Ausflüge, z. B. nach der Böhmisches Schweiz, zu machen.

Für solche Kollegen, die ihre Ferien zu dieser Zeit nicht nehmen können, ist später Gelegenheit gegeben, die Ausstellung unter Führung der Dresdener Kollegen zu besuchen und Ausflüge zu unternehmen, weil die Ortsverwaltung Dresden außer der Haupttagung noch einige Gautagungen plant, z. B. Ende April und Anfang September. Diese werden rechtzeitig in der Verbandszeitung bekannt gegeben.

Die Tagung im Juli ist aber die interessanteste, weil sie in die Zeit der Rosenblüte fällt.

Die Ortsverwaltungen nehmen jetzt zu diesem Gärtnerstag Stellung, damit die Anmeldungen rechtzeitig erfolgen und die Vorbereitungen für eine Gesellschaftsreise getroffen werden können. Wegen Unterkunft in Dresden erfolgt die Bekanntmachung später.

Um die Mittel für eine solche Reise zusammenzubringen, empfehlen wir die Benutzung unserer Reisesparkasse!

Der Vorstand.

Lohnpolitik und Verzweiflungstreik in den Dresdener Handelsgärtnereien.

Seit Januar 1919 sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Dresdener Handelsgärtnereien tariflich geregelt. Aus dem zuerst bestehenden Dresdener Ortstarif entwickelte sich in den folgenden Jahren ein Landestarif für den sogenannten Erwerbsgartenbau, worin alle Arbeitsbedingungen, mit Ausnahme der Lohnhöhen niedergelegt sind, weil diese örtlich oder bezirklich durch Lohn-tarife festgesetzt werden. Die Arbeitszeit betrug bis Ende 1923 in 4 Monaten 8 und in 8 Monaten 9 Stunden je Tag. Die Arbeitgeberorganisation nützte die allgemeine schlechte Wirtschaftslage im Winter 1923/24 gründlich aus und erzwang eine Arbeitszeitverlängerung, nach welcher nun in 3 Monaten 8, einem Monat 9 und 8 Monaten 10 Stunden zu arbeiten ist. Die Arbeitnehmer haben sich damals widerwillig diesem Diktat der Unternehmer gefügt.

Die Arbeitgeber-Vereinigung hat aber außerdem eine Lohnpolitik getrieben, die zur Zermürbung der Widerstandskraft unseres Verbandes führen sollte. Den Obergärtnern, denen in der Inflationszeit 10 bis 25 Proz. Aufschlag auf den Spitzenlohn der Gehilfen gezahlt wurde, erhöhten die Arbeitgeber die Zuschläge auf 40 bis 80 Proz. Im Durchschnitt beziehen die Obergärtner heute 50 Proz. über den Gehilfenlohn. Außerdem bekamen sogenannte erste Gehilfen, ein Teil Arbeiter, Handwerker u. dgl.

ebenfalls Zuschläge, teilweise nach Prozenten, Pfennigbeträgen pro Stunde oder auch in erhöhtem Wochenlohn berechnet, ausgezahlt. Klarblickende Kollegen verstanden ohne weiteres die Absichten der Arbeitgeber. Ein Teil notwendiger Betriebsarbeitskräfte sollte zufrieden gestellt werden, während für den größten Teil der Arbeitskräfte die Tariflöhne möglichst niedrig gehalten wurden. Dadurch sollten die obigen Zulagen so ausgeglichen werden, daß für die Arbeitgeber noch ein wesentlicher Überschub verblieb. Bei jeder Festsetzung der Tariflöhne in freier Verhandlung oder vor den Schlichtungsinstanzen wurde der angeblich schlechte Geschäftsgang der Betriebe in allen Tonarten vorgetragen, um unter allen Umständen die Löhne niedrig zu halten. Zweifellos haben die Arbeitgeber mit dieser Taktik auch gewisse Erfolge in ihrem Sinne gehabt, was ohne weiteres aus einem Vergleich der jeweiligen Stundenlöhne mit den Tarifen im übrigen Deutschland hervorgeht.

Um den Einfluß unseres Verbandes weiter zu vermindern, gaben maßgebende Gärtnerbesitzer, als wir 1924 neue Lohnforderungen eingereicht hatten, noch die Anregung zur Gründung eines Lokalvereins in Laubegast-Leuben. In der betreffenden Gründungsversammlung erklärten die Einberufer, daß arbeitgeber-seits Geldmittel für den zu gründenden Verein zur Verfügung gestellt wären, insbesondere von den Firmen Ziegenbalg und Seidel. Auch die Einladungszettel waren im Kontor einer dieser Firmen hergestellt. Die Gewächshausfabrik Höntschi stiftete auf Empfehlung unserer Arbeitgeber einen großen Vereinsschrank. Das alles sind feststehende Tatsachen.

So haben sich die Dinge seit Anfang 1924 entwickelt. Die Arbeitgeber glaubten in dieser Form vollständig auf ihre Rechnung zu kommen. Um jeden Pfennig Zulage mußte monatlang verhandelt werden. Seit August d. J. ist der Lohnstarif für die Dresdener Handelsgärtnereien unverändert. Der Lohn der Gelehrten stand zwischen 45—59 Pf., der Ungelernten zwischen 17—56 Pf., der Arbeiterinnen zwischen 13—33 Pf. Seit der Zeit hat sich die Lebenshaltung wesentlich verteuert, die Löhne in anderen Berufen und Branchen sind erhöht, so daß es selbstverständlich war, daß auch die Dresdener Kollegenschaft neue Forderungen stellte. Notwendig war eine Erhöhung auch deshalb, weil mit Eintritt des Winterhalbjahres die Arbeitszeit von 10 auf 8 Stunden herabgesetzt wird und durch diesen Ausfall ein Minderverdienst von rund 20 Proz. entsteht. Bei Festsetzung der Lohnhöhe im Frühjahr, als die längere Arbeitszeit eintrat, erklärten die Unternehmervertreter: „Nicht die Höhe des Stundenlohnes ist ausschlaggebend, sondern der erzielte Wochenarbeitsverdienst bildet die Grundlage für den Unterhalt eines Arbeitnehmers. Deshalb müsse die Stundenzulage abgelehnt werden oder dürfe nur eine geringe Erhöhung erfahren.“ Obgleich aber jetzt im Herbst die Arbeitszeitverkürzung eintritt, lehnten die Arbeitgeber jedweden Lohnausgleich ab und auch der Schlichtungsausschuß Dresden vollbrachte im Sinne der Herren Dr. Sitzler und Dr. Meißinger das Unglaubliche und fällt gegen die Stimmen der Arbeitnehmerbesitzer folgenden Spruch: „Die Löhne bleiben unverändert bestehen.“ Für Vollgehilfen steht der Wochenlohn bei 8 stündiger Arbeitszeit auf gut 28 M., für Junggehilfen auf 22 M. Die Mehrzahl der Gehilfen ist ledig und muß für Wohnung 6 bis 9 M. je Woche zahlen. Bei einem Durchschnittslohn von 25 M. und einer Wohnungsmiete von 7,50 M. blieben dann noch 17,50 M. durchschnittlich für Nahrung, Kleidung, Abzüge für Steuern, Krankenkasse usw. Daß das ein Hungerlohn in des Wortes schlimmster Bedeutung ist, bedarf keines Beweises. Selbst die Arbeitgeber wagten nicht zu behaupten, daß der Lohn auskömmlich sei.

Sie erklärten aber, die Geschäftslage sei so schlecht, daß sie keinen Pfennig mehr zahlen können. Die Tatsachen widerlegen das, denn sie haben in letzter Zeit ganz bedeutende Betriebsverbesserungen und Erweiterungsbauten vorgenommen, sich Last- und Personenautos zugelegt. Einige Firmen zahlten auch schon jetzt über Tariflohn. Dies und der günstige Absatz in den Versandbetrieben beweist das Gegenteil dieser Behauptungen.

Am stärksten war die Unzufriedenheit in der Fa. M. Ziegenbalg. Der Betrieb ist bei allen Dresdner Kollegen dadurch bekannt, daß jeder alltäglich an Arbeitskraft das hergeben muß, was überhaupt nur aus einem Menschen herauszuquetschen ist. Außer dem jeweiligen Lohn tarife vereinbart die Firma mit jeder einzelnen Arbeitskraft sogenannte Zuschläge auf folgender Grundlage:

„Am 21. März 1924 gewähre ich Ihnen einen Zuschlag von 5 Proz. auf den bisherigen Lohn unter folgenden Bedingungen.

1. Sie haben vor Beginn der Arbeitszeit die Kontrollmarke in den Kasten zu hängen und die notwendigen Geräte beim Pförtner in Empfang zu nehmen.

2. Die Arbeitszeit ist mit allen Kräften auszunutzen, Unterhaltung ist verboten. Rauchen einzuschränken.

3. Ich behalte mir vor, den Zuschlag ohne Angabe von Gründen wegfallen zu lassen.

Dresden-Laubegast, den 28. März 1924.
gez. Max Ziegenbalg.“

Den Arbeitskräften wird dann erklärt, daß je nach ihrer Leistung und Anstrengung bei der Arbeit der Zuschlag auf 10 oder auch 15 Proz. erhöht wird. Ein Teil Kollegen erhält auch diese Erhöhungen. Bei der Mehrzahl der Beschäftigten soll durch die Anwendung dieses Systems ein sogenanntes Wettrennen bei der Arbeit stattfinden. Bei den geringsten Vorkommnissen erfolgt in der Regel die sofortige Entlassung. Verwarnungen werden selten und höchstens nur einmal erteilt.

Zu der Verzweiflung der Kollegenschaft gesellte sich deshalb eine ungeheure Erbitterung. Man verlangte von der Organisationsleitung die Genehmigung zum Streik, oder die Organisation komme in den Verdacht, für die Kollegenschaft nichts unternehmen zu wollen. Deshalb wurde einem betriebsweisen Vorgehen zugestimmt. Am Freitag, den 23. Oktober früh wurde die Arbeit bei M. Ziegenbalg eingestellt, mittags bei A. Meischke; am Sonnabend folgte O. Olberg und A. Richter. Mit Ausnahme der Obergärtner, Obergerhilfen und einiger Kunstgärtner, legten gelernte und ungelernete Kollegen die Arbeit geschlossen nieder. Man versuchte die Kollegen einzuschüchtern mit sofortiger Entlassung, sofortiger Wohnungsräumung für die in Logis bei dem Unternehmer befindlichen und mit der Verbreitung des Gerüchtes, der Streik sei ein wilder, die Verhandlungen wären ja noch gar nicht abgebrochen usw. In den noch nicht erfaßten Firmen wurden sofortige Zulagen gewährt oder in Aussicht gestellt. In diesen Betrieben hatten die Unternehmer Erfolg. Die Kollegenschaft blieb stehen in der Hoffnung, daß die Streikenden die Kastanien für sie aus dem Feuer holen würden. Weiter beschlossen die Unternehmer, Solidarität zu üben und den Streikenden nichts zu bewilligen. Nun setzte eifrigste Vermittlung von Streikbrechern ein. Die Arbeitslosen der Dresdner Nachweise waren in den ersten Tagen fernzuhalten. Mit Beginn der neuen Woche wurde der Zulauf so stark, daß eine Anzahl die Arbeit annahm. Inzwischen hatten die Unternehmer an alle stellungsuchenden Gehilfen aller Zeitungen unter Verschweigung des Streikes geschrieben und telegraphiert.

Die Fa. Ziegenbalg zahlte ihren Arbeitswilligen außer dem Tarifstundenlohn die oben geschilderten Prozentzuschläge und am Lohntag ein besondere Vergütung von 5 M. Die Spitzenlohnempfänger erhielten somit gegen 75 Pf. für die Arbeitsstunde. Dieselbe Firma stellte bisher nur solche Gehilfen ein, die nach beendeter Lehre ihre Gehilfenprüfung bestanden haben. Beim Streik wurde nun aber eine Ausnahme gemacht. Als Streikbrecher wurden auch nichtgeprüfte Gehilfen zugelassen. Ob damit die Firma den richtigen Wert der Streikbrecher dokumentieren wollte, entzieht sich unserer Kenntnis. Sie rückten in großer Anzahl an; waren unorganisiert und gingen zum Teil in die Betriebe. Damit war die Möglichkeit des Erfolges genommen und wurde der Streik am Mittwoch, den 29. Oktober abgebrochen. Im Betrieb Olberg erfolgte die Wiederaufnahme der Arbeit geschlossen mit der Zusicherung einer 5prozentigen Zuschlagsgewährung bei Reduzierung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden. Auch im Betrieb A. Richter erfolgte die Wiederaufnahme der Arbeit, wobei 4 Kollegen gemäßregelt wurden. Diese sind anderweitig untergebracht. Im Betrieb Meischke haben 3 Kollegen die Arbeit wieder aufgenommen, die übrigen traten andere Stellungen an. Die Fa. Ziegenbalg wollte zunächst einen Teil der streikenden Kollegen wieder einstellen, lehnte es aber nachträglich ab. Ein Teil der Streikenden dieser Firma ist abgereist, andere sind anderweitig untergekommen.

Ein direkter voller Erfolg wurde nicht erzielt. Die Streikbrecher erhalten allerdings höhere Löhne. Hätte man die auf dem Verhandlungswege geboten, wäre der Streik nicht nötig gewesen. Der vom Schlichtungsausschuß sanktionierte alte Lohn tarif besteht also nicht mehr. Die Lohnzuschläge betragen unterdessen in den nichtbestreikten Firmen 3 bis 10 Pf. pro Arbeitsstunde mehr als die letzten Tarifsätze vorsahen. Daran sind sowohl die gelernten wie die ungelerneten Kollegen gleichmäßig beteiligt. Damit beweisen die Arbeitgeber selbst, daß sie sehr wohl mehr zu zahlen imstande sind. Wir waren uns vor Ausbruch des Kampfes darüber im klaren, daß bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge und Eintritt eines tariflosen Zustandes die Löhne unmöglich herabgesetzt werden könnten. Es

konnten im Gegenteil nur Lohnerhöhungen in Frage kommen. In einer solchen Situation hat man dann als Gewerkschafter die Frage ernstlich zu entscheiden, ob nicht im Interesse unserer Kollegen eine tariflose Zeit vorzuziehen ist gegenüber einem tariflich geregelten Zustand, der unsere Kollegen mehr zum Hungern zwingt. Die Antwort auf diese Frage ist uns nicht allzu schwer gefallen.

Unser Verband hat gezeigt, daß er dem Streik nicht aus dem Wege geht, sondern der Kollegenschaft in ihrem gerechten Kampfe um ein Existenzminimum zur Seite steht. Die klugen Unorganisierten können dem Verband nicht den Vorwurf machen, er schließe die Tarife ab und sei schuld an den niedrigen Löhnen, ein Gerücht, was bekanntlich von den Unternehmern heimlich genährt wird.

Über die Haltung einiger unserer Mitglieder in den nicht bestreikten Betrieben ist auch noch ein Wort der Kritik zu sagen, das wir aber an anderer Stelle anbringen werden.

Die streikenden Kollegen haben tapfer ihren Mann gestanden, ihre Pflicht getan. Sie haben gezeigt, daß es nicht wahr ist, was die Unternehmer immer behaupten, daß ihr Personal mit den Verhältnissen vollauf zufrieden ist und nur die Verbandsleitung Forderungen stelle. Nichts zeigte deutlicher als dieser Kampf, wie erbärmlich die Lohnverhältnisse in Dresden sind, denn auch der „Zufriedenste“ revoltierte dagegen. Haben doch selbst zahlreiche Unorganisierte, sowie Mitglieder des Lokalvereins, des Jungdeutschen Ordens und des Stahlhelms aktiv am Streik teilgenommen. Diese Kollegen peinigte der Hunger genau so, wie die Organisierten.

In Dresden gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder fortschrittliche und soziale Einstellung der Unternehmer oder spätere Fortsetzung des Kampfes!
L. Haucke, Dresden.

Von unserem Verbandstage.

III.

Wir setzen heute die Veröffentlichungen von Vorträgen, die auf unserem Verbandstage in Erfurt gehalten wurden, fort und bringen auszugsweise das Referat des Kollegen Lehmann zu Punkt 4 der Tagesordnung: „Gärtnerei und Schutzzoll“.

Wenn auch das Thema die Behandlung der Zollfrage speziell für die Gärtnerei vorsieht, so dürften dennoch einige allgemeine Bemerkungen angebracht sein, denn wir sind nicht nur als Gärtner mit unserem Beruf, sondern auch als nicht sonderlich gut gestellte Arbeitnehmer bzw. Konsumenten auf Gedeih und Verderb mit dem allgemeinen Wirtschaftsleben verbunden. Man hat z. B. berechnet, daß vor dem Kriege die Belastung durch die Getreidezölle 20 M. pro Kopf der Bevölkerung jährlich betrug. Für eine Familie von vier Köpfen und einem Einkommen von 1500 M. pro Jahr bedeutete das 5½ Proz., bei sechs Köpfen und 1200 M. Einkommen 10 Proz. des Einkommens. Und jeder Ältere unter uns weiß noch aus eigener Erfahrung, wie damals die Verteuerung der Lebensmittel eine ungeheure allgemeine Preiserhöhung zur Folge hatte, die von 1904 bis 1914 42 Proz. betrug.

Wie äußerten sich nun im übrigen die Wirkungen der Getreidezölle? Man hat berechnet, daß von den 20 M. Lasten pro Kopf nur 2,50 M. dem Reich zugute kamen, dagegen 17,50 M. den Grundbesitzern. Dennoch hat der Zoll eine weitere Steigerung der Rentabilität den Landwirten nicht gebracht, denn mit den Getreidepreisen stiegen auch stets die Bodenpreise. Ein Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung war ja auch die sehr starke Verschuldung der Landwirtschaft, die im Jahre 1914 mit 16 Millionen Mark geschätzt wurde. Dieselbe Wirkung wird und muß sich auch zeigen in der Gärtnerei und besonders fühlbar werden im Gemüse- und Obstbau, Samenbau, in den Baumschulen und ähnlichen Betrieben, die eine größere Bodenfläche bearbeiten.

Die unbestreitbare Belastung des Verbrauchs durch jeden Zoll wird vielfach durch den Hinweis abzutun versucht, den Zoll trage das Ausland. Dabei übersieht man, daß doch in solchen Fällen der Zoll seinen Zweck verfehlt hätte. Die Geschichte der Zollwirtschaft weist indessen nur einen solchen Fall auf, und zwar hat Rußland 1887 teilweise den deutschen Zoll dadurch getragen, daß es die Frucht für Getreide herabsetzte, aber seit 1894 sind Getreidezölle niemals mehr vom Ausland getragen, sondern der Getreidepreis stand hier stets um seinen vollen Zollbetrag höher als im Ausland. Aber bei einigen gärtnerischen Produkten wäre es sehr wohl denkbar, daß das Ausland den Zoll auf sich nehmen könnte, und zwar infolge seiner klimatischen Vorteile. So z. B. liefert Italien Tomaten, Blumenkohl, Zwiebeln u. a. billiger als Holland und Ägypten, da könnte sich das besser organisierte Holland sehr wohl einmal vorübergehend mit geringeren Profiten begnügen, um dann durch erhöhte und noch besser organisierte Produktion den anfänglichen Minderertrag wieder auszugleichen, und Italien brauchte nur seine bekannte schlampfige Wirtschaft mehr nach holländischem Muster zu organisieren, um seinen Platz trotz teilweiser Übernahme der Zollbelastung zu behaupten. Werden so wahrscheinlich die Zölle ihren Zweck verfehlen, wird sicher neues Schreien unserer Garten-Bauern:

nach noch höheren Zöllen anheben. mit der bekannten Wirkung der Schraube ohne Ende.

Ein anderes Argument der Zöllner, das besonders gern vom Direktor Fachmann des Reichsverbandes für den deutschen Gartenbau gebraucht wird, ist die „notwendige Anpassung an die Verhältnisse“ anderer Länder, nämlich an deren Zollmauern. Aber man läßt ununtersucht, ob denn nicht wir selbst eine große Schuld an diesen veränderten Verhältnissen mittragen. Denn Deutschlands Hochschutzzollpolitik vor dem Kriege und seine Unterbietungspolitik während der herrlichen Inflationszeiten, das sog. Dumping, hat die Zollmauern des Auslandes gegen uns erbaut. Darum hätte nicht nur politische Klugheit, sondern auch politischer Anstand verlangt, daß Deutschland mit dem Abbau der Zollmauern beginnt, um so mehr, als wichtige wirtschaftliche Interessen es verlangen. Unsere Wirtschaft bräucht in erster Linie Rohstoffe und Lebensmittel, um die so oft heuchlerisch als Programm aufgestellte Mehrarbeit wirklich leisten zu können. Wenn man diese notwendigen Voraussetzungen bewußt verteuert, so beweist man damit, daß man die Mehrleistung tatsächlich gar nicht will, denn leicht zu gewinnender, steigender Profit bei verringerter Produktion ist das wahre Ziel der jetzt ausschlaggebenden Wirtschaftspolitik, auch im Lager unserer Garten-Bauern.

In einer wirtschaftspolitischen Rede in Düsseldorf hat Herr Fachmann warnend auf die Steigerung der Einfuhr hingewiesen und sie auf das „mit der Stabilisierung zurückgekehrte Vertrauen des Auslandes“ zurückgeführt. Damit vermeidet er doch allzu offensichtlich zwei Tatsachen: erstens daß die Inflation und Verelendung unseres Volkes eine stärkere Einfuhr bisher einfach unmöglich machte und zweitens, daß nach der Inflationsüberwindung erhebliche Teile unserer „deutschen“ Wirtschaftler, und zwar nicht bloß Händler, in der neu aufgenommenen Einfuhr eine neue sich erschließende Quelle schönster Profitmacherei erblickt. Dabei denke ich an unsere Baumschulenkönige in Holstein, die etwa 80 Waggon Baumschulartikel unter Umgehung des Zolles aus Holland über Luxemburg einschmuggelten, an die Ein- und Durchfuhr von Palmen und Dekorationspflanzen und, damit auch die Satire zu ihrem Recht komme, an unsere „Brüder in Christo“ mit ihrem Einfuhrladen in Schlesien.

Wenn auch die Einfuhr gärtnerischer Artikel in diesem Jahr eine Steigerung gegen 1924 erfahren hat, so ist das keineswegs eine auf gärtnerische Produkte beschränkte, sondern eine ganz allgemeine Erscheinung, die durch Voreinführen der vom 1. Oktober an zollgeschützten Waren hervorgerufen ist. Gliedert man die Einfuhr in die drei Gruppen: 1. Lebensmittel, 2. Rohstoffe und halbfertige Waren, 3. Fertigwaren und vergleicht die Einfuhrziffern der einzelnen Monate Januar bis Juni 1925 miteinander und mit den durchschnittlichen Zahlen der Jahre 1924 und 1913, so ergibt sich folgendes lehrreiche Bild:

Einfuhrziffern im Monatsdurchschnitt:							
in Millionen dz	1913	1924	1925	April	Mai	Juni	Juli
Lebensmittel	9,7	5,4	6,5	6,5	6,4	8,2	10,2
Rohstoffe und halbfertige Waren	49,7	25,6	35,1	37,1	34,3	38,5	36,8
Fertigwaren	1,1	1,3	1,3	1,0	1,2	1,5	1,2

Also ab Juni ein außerordentlich starkes Ansteigen der Einfuhr von Lebensmitteln. Diese Zahlen geben der Annahme einer Voreinfuhr starke Berechtigung und daß diese gesteigerte Einfuhr einhergeht mit einer ebenso starken Preissteigerung, die im Gegensatz zum Preisrückgang des Weltmarktes steht, ist ein nicht zu erschütternder Beweis dafür, daß diese Einfuhr nicht vom Auslande ausgeht, sondern von unseren „profitwitternden Wirtschaftsführern“ im eigenen Lande. Lediglich um diesen zu gefallen, ist das „große Werk“ des Zollgesetzes von unserer jetzigen Regierung als Sachwalter der Interessenten in Szene gesetzt.

Sehen wir uns nun einmal den Außenhandel mit gärtnerischen Produkten etwas näher an. Da wäre es ein Fehler, nur die nackten Einfuhrzahlen zu betrachten, ohne dabei auch die Ausfuhr und vor allem die Preisgestaltung zu prüfen, denn so richtig es wäre, aus steigender Einfuhr bei sinkenden Preisen auf eine unsere Wirtschaft schädigende Konkurrenz zu schließen, so richtig muß es sein, aus steigender Einfuhr bei gleichbleibenden oder gar steigenden Preisen auf die notwendige Ergänzung eines durch unsere Wirtschaft nicht zu deckenden Bedarfs zu schließen. Ich kann es mir heute versagen, Beweise dafür vorzulegen, daß in der Regel die Preise ausländischen Gemüses und Obstes höher sind als die inländischer Erzeugnisse, denn wir haben dafür schon öfter Belege aus den Zeitungen unserer Unternehmer veröffentlicht.

Die Einfuhrzahlen 1924 und 1925 für sich betrachtet, sind gewiß geeignet, Bedenken zu erregen. Doch die gleich starke, aber entgegengesetzte Wirkung könnte ich leicht erzielen, wollte ich in ebenso demagogischer Weise wie unsere Unternehmer mit den

Wir wollen nicht, daß unsre Brüder
In Not und Elend untergehn,
Daß sie, wenn krank und matt die Glieder,
Von aller Welt verlassen stehn.
Die Mannespflicht, Kollegentreue,
Hält uns mit festem Reif umspannt;
Wir wollen, daß sie frei gedeihe —
Und deshalb sind wir im Verband!

Ausfuhrziffern gärtnerischer Erzeugnisse operieren. Die Ausfuhr steigerte sich nämlich im ersten Halbjahr 1925 gegenüber dem gleichen Zeitraum 1924 um 3606 Proz. bei Blumenkohl, 4182 Proz. bei Wirsingkohl, 8360 Proz. bei Weißkohl, 12710 Proz. bei Rotkohl. Durch einseitige Herausstellung einiger Zahlen, wie es unsere Unternehmer belieben, lassen sich natürlich volkswirtschaftliche Probleme nicht lösen, sondern zur Erkennung der Tatsachen bedarf es der Berücksichtigung aller Momente. Ich möchte einige Gemüse- und Obstsorten herausgreifen, die eine verhältnismäßig starke Einfuhrsteigerung gegenüber 1924 aufweisen, diese Zahlen aber mit dem prozentualen Verhältnis von 1913 vergleichen:

Gemüse	Einfuhr in dz		Verhältnis	
	Januar—Juni 1925	gegenüber 1924	gegenüber 1913	
Bohnen	40 826	1235 %	nur	99 %
Schoten (Erbsen)	6 472	957 %	„	49 %
Spargel	5 599	710 %	„	70 %
Salat, Spinat	214 316	360 %	„	104 %
Gurken, Melonen	134 084	307 %	„	57 %
Obst				
Erdbeeren	16 519	1997 %	„	60 %
Johannis-, Him-, Stachelbeeren	4 799	1678 %	„	60 %
Heidel-, Preiselbeeren	10 233	334 %	„	60 %
Kirschen	25 523	224 %	„	47 %
Pfirsiche	597	108 %	„	61 %
Zwetschen	255	—	„	13 %

Es ist also für eine ganze Reihe Gemüse- und Obstsorten festzustellen, daß die jetzigen Einfuhrmengen ganz erheblich niedriger als die der Vorkriegszeit gewesen sind und bei den Arten, die gegenüber 1913 eine mehr oder minder große Steigerung aufweisen, sprechen die erzielten Preise und die außerordentlich geringen Ausfuhrziffern dafür, daß ein entsprechend starker Bedarf daran vorhanden ist, den zu decken unsere Garten-Bauern eben nicht in der Lage sind. Hervorgehoben sei noch die Gestaltung der Dinge beim Weißkohl. Davon führten wir 1913 36 045 dz aus und nur 25 462 dz ein; 1925 dagegen 121 009 dz ein und nur 34 111 dz wieder aus. 87 000 dz ausländischen Weißkohls brauchte also in diesem Jahre die deutsche Wirtschaft, um ihren Bedarf zu decken, das ist auch ein Beweis dafür, wie stark unsere Garten-Bauern ihre Produktion eingeschränkt haben, weil sie ja bei ihrer „planmäßigen Wirtschaft“ auch so recht gut verdienten.

Bei der Einfuhr von Pflanzen ergibt sich ein ähnliches Bild. Die Einfuhr beträgt:

	gegenüber 1924	gegenüber 1913
Pflanzen ohne Erdballen	730 %	nur 83 %
Blumenkohl, Gladiolen	215 %	„ 83 %
„ mit „	368 %	„ 37 %
Forstpflanzen	245 %	„ 60 %
Lorbeerbäume	386 %	„ 60 %
Azaleen	364 %	„ 85 %

An Palmen wurden im 1. Halbjahr 1925 nur noch 75 Proz. der im gleichen Zeitraum 1924 eingeführten Menge bezogen, gegenüber 1913 sind es gar nur 13 Proz. Während 1924 eine sehr starke Einfuhr von Pflanzen in Töpfen, Kübeln oder in Topfballen, nämlich fast das Doppelte der Vorkriegszeit stattfand, ging diese 1925 schon wieder auf 62 Proz. herunter. Eine starke Steigerung der Einfuhr sowohl gegenüber 1924 als auch der Vorkriegszeit weisen die Positionen Rosen (190 Proz.) und Obstbäume (143 Proz.) gegenüber 1913 auf. Die Ausfuhr an diesen Artikeln beträgt nur 29 Proz. derjenigen im Jahre 1913, wie übrigens die Ausfuhrzahlen fast aller anderen Positionen recht niedrig sind. Diese geringe Ausfuhr kann nun keineswegs etwa auf Absatzschwierigkeiten zurückgeführt, also als Zeichen bedrängter Geschäftslage gedeutet werden. Denn gerade die Knappheit an Rosen und Obstbäumen, wie überhaupt an Baumschulartikeln, ist ja bekannt. Schrieb doch noch vor kurzem der Baumschulbesitzer Stern in der „Schlesischen Gärtnerbörse“: „Der Bund deutscher Baumschulbesitzer war sich dessen bewußt, daß durch die im Sommer 1924 vorgenommene Erhöhung der Preise die Kauflust wesentlich verringern würde. Diese Abschwächung der Kaufkraft war notwendig, weil die vorhandenen Baumschulbestände nicht im mindesten zur Befriedigung des normalen Bedarfs ausreichen würden.“ Wir können also auch hier den Schluß ziehen, daß der dringlichste Bedarf

der Gärtnerei selbst es war, der diese so starke Steigerung der Einfuhr veranlaßte.

Und nun zu dem Kapitel der Zollfrage, das im Lager der Garten-Bauern sets das größte Geschrei ausgelöst hat, zur Schnittblumeneinfuhr. Da erfuhr in diesem Halbjahr die Einfuhr von Flieder und Chrysanthemum wohl eine Erhöhung auf 1267 Proz. gegenüber 1924, bei Nelken, Rosen, Veilchen auf 220 Proz., aber die gesamte Schnittblumeneinfuhr des ersten-Halbjahres 1925 beträgt gegenüber dem gleichen Zeitraum 1913 nur 50 Proz., und beim Schnittgrün ist das Verhältnis noch geringer, nämlich nur 11 Proz. Also hier, wie bei der ganzen gärtnerischen Zollgeschichte, gilt das bekannte Wort: „Viel Geschrei und wenig Wolle“.

Die außerordentlich erhöhten gärtnerischen Zölle werden, wie die Abschlüsse von Handelsverträgen mit Spanien und der Wirtschafts-Union Belgien—Luxemburg zeigen, nun allerdings im besonderen Maße Verhandlungsobjekte sein, also noch erheblich herabgesetzt werden, damit rechnet ja auch Herr Fachmann, der jetzt in seinen Vorträgen betont, daß der Zoll kein Allheilmittel sei. Er braucht allerdings dieses Argument, um seinen Mitgliedern den Extrabeitrag von 12 M. schmackhaft zu machen. Dieser Aufruf beweist uns und der Öffentlichkeit aber besonders eins, nämlich, daß sie trotz eines erheblichen Schutzes auch durch Zölle, der ihnen zuteil geworden ist, noch immer nicht ernstlich bemüht gewesen sind, ihre Produktion dem Bedarf entsprechend einzustellen.

Er enthält das für uns und die weitere Öffentlichkeit so außerordentlich wertvolle Eingeständnis, daß alle die jahrelangen Reden von der Selbsthilfe eben nur Redensarten waren. Wir wissen: Wenn wirklich mal an ihre praktische Betätigung gegangen wurde, dann scheiterten diese Bemühungen an der geistigen und körperlichen Schwerfälligkeit unserer Kräfte. Und auf eine solche Schicht muß natürlich die längst erkannte Wirkung des Zolles als Faulheitsprämie doppelt stark wirken. Deshalb: Hat wirtschaftliche Bedrängnis in dem Rahmen, den unsere ganze deutsche Wirtschaft kennenlernte, unsere Garten-Bauern nicht zu wirtschaftlicher Selbsthilfe zu bringen vermocht, so wird das unter dem Zeichen und dem Schutze dieser Zölle sicher erst recht nicht geschehen. Um den technischen und geistigen Fortschritt, dem unsere Garten-Bauern mit wenigen Ausnahmen so feindlich oder gleichgültig gegenüberstehen, zu erzwingen, bedürfen wir vielleicht mehr als andere Berufe des Druckes der freien Konkurrenz. Diesem kann die Gärtnerei ohne Bedenken ausgesetzt werden, weil sie in allen ihren Zweigen um den Absatz guter und preiswerter Produkte nicht besorgt zu sein braucht, denn Absatzmärkte brauchen nicht — wie in dem Aufruf der Garten-Bauern gesagt wird — gesucht zu werden, sondern sie sind längst und überall vorhanden. Die Aufgabe besteht nur darin, die Produktion stets in ein gesundes Verhältnis zum Bedarf zu bringen und zu erhalten. Das aber ist die eigentliche und vornehmste Aufgabe organisatorischer Selbsthilfe.

In diesem Zukommenhang möchte ich zum Ausdruck bringen, daß auch wir gern die Berechtigung mancher Forderung unserer Unternehmer auf dem Gebiete der Binnenhandelspolitik des Reiches anerkennen. So verurteilen auch wir die bisherige Umsatzsteuerfreiheit und die sonstigen Vergünstigungen bei den Bahnfrachten und Gebühren zugunsten des Auslandes schon um ihrer Ungerechtigkeit willen; auch wir fordern weitgehendes, den beruflichen Eigenarten und mancherlei tatsächlichen Schwierigkeiten Rechnung tragendes Entgegenkommen aller Instanzen und Behörden. Mit solcher staatlichen Stützung wird eine klug durchdachte, auch den Interessen der Allgemeinheit Rechnung tragende kraftvolle Selbsthilfe den Zollschutz entbehren können, denn dieser ist nicht nur kein Allheilmittel, sondern durch seine in jeder Beziehung verteuernde Tendenz ein zweischneidiges Schwert.

Die jetzige Zollpolitik ist ein Wesensbestandteil der Wirtschaftsform, die durch Kartelle, Syndikate und sonstige Vereinigungen der Unternehmer zur Erreichung eines Monopols gekennzeichnet wird. In dem Ringen um diese Monopole stellen die Zölle immer mehr die Fortsetzung der Kämpfe dar, die die ganze Welt in die wirtschaftlichen und politischen Revolutionen hineingebracht haben.

In dieser tieferen Erkenntnis liegt — neben der Überzeugung von ihrer Überflüssigkeit und Schädlichkeit für unseren Beruf — unsere grundsätzliche Gegnerschaft gegen diese Zollpolitik begründet. Deshalb empfehle ich folgende Entschliebung:

„Der Verbandstag spricht sich gegen Zölle auf gärtnerische Produkte aus, weil die bisherige Einfuhr sowohl zur Deckung des notwendigsten Bedarfs an Lebensmittel für die breiten Schichten der Bevölkerung, als an Pflanzen und Blumenmaterial für die verschiedensten Arten der Gärtnerei selbst notwendig war und ist. Soweit die Erzeugnisse der deutschen Gärtnerei nicht ausgesprochene Luxusartikel sind, stellen sie für die deutsche Volkswirtschaft so wichtige und notwendige Waren dar, daß der lohnende Absatz einer selbst stark gesteigerten Produktion, die

sich dem Bedarf und der Kaufkraft des Volkes anpaßt, stets gegeben ist.

Die gegenteilige Darstellung der Organe der Erwerbsgarten-Bauern und die Begründung der Zollvorlage muß als eine absichtlich übertriebene und den Tatsachen nicht entsprechende festgestellt werden.

Die preistreibende Wirkung der Zölle kann für die Gärtnerei nicht günstig sein, weil die unmittelbar aus ihr folgende Steigerung der Bodenrente eine höhere Rentabilität bald wieder ausschließt, Preissteigerungen aber den Absatz gärtnerischer Erzeugnisse in noch schärferem Maße beeinträchtigen und mindern, als das bei anderen Waren der Fall ist. Die zu erstrebende erhöhte Ausfuhr gärtnerischer Produkte wird ebenfalls an durch Zölle in die Höhe geschraubten Preisen scheitern müssen; zu erwartende Gegenmaßnahmen anderer Staaten werden außerdem unsere Ausfuhr erschweren, so daß in jeder Beziehung nur schädigende Wirkungen für unseren Beruf durch die Zölle sich ergeben.

Im allgemeinen sieht der Verbandstag in der jetzigen Zollpolitik einen Wesensbestandteil der Wirtschaftsform, die durch die jetzigen Vereinigungen der Unternehmer zur Erreichung von Monopolen gekennzeichnet wird. Diese neuere Wirtschaftsordnung will keine Entwicklung der Produktion und keine reichliche, billige Versorgung des Konsums, sondern das Gegenteil: Beschränkung der Produktion und künstliche Hochhaltung und Hochtreibung der Preise.

Die Zölle stellen ein Mittel dieses Systems und darüber hinaus eine Form der Austragung der privatkapitalistischen Gegensätze dar, die die nun schon jahrzehnte andauernden Erschütterungen der Weltwirtschaft verschuldet haben. Aus dieser Erkenntnis heraus erklärt sich der Verbandstag grundsätzlich gegen die Zölle und ähnliche den Austauschverkehr der Völker hemmende Maßnahmen.

Ein Mahnwort an die Danziger Kollegenschaft.

Die gärtnerische Arbeitnehmerschaft hat auch in der Freien Stadt Danzig noch gewaltige Aufgaben zu lösen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der im Beruf beschäftigten Kollegen sind dank der fortschrittsfeindlichen Einstellung unserer Arbeitgeber, aber auch zum großen Teil infolge der grenzenlosen Gleichgültigkeit und Unentschlossenheit der hiesigen Kollegenschaft erheblich hinter der Entwicklung des allgemeinen Arbeitsrechts zurückgeblieben. Auf Grund dieser Tatsachen konnte unsere Organisation der engstirnigen, nur ihre eigenen egoistischen Sonderinteressen im Auge behaltenden Verschlossenheit, mit der unsere Arbeitgeber jeder neuzeitlichen modernen Regelung des kollektiven Arbeitsrechts gegenüberüberstanden, nicht das nötige Gegengewicht entgegensetzen.

So ist es auch erklärlich, daß es der Verwaltung unserer Organisation seit dem Jahre 1922 nicht gelungen ist, den zu damaliger Zeit gekündigten Tarifvertrag wieder zur Geltung zu bringen. Die Rückwirkungen dieses gewiß unerfreulichen Zustandes haben die in den Betrieben beschäftigten Kollegen wohl selbst zu spüren bekommen. Besonders die jüngeren Kollegen waren nur zu oft der Willkür des Unternehmers preisgegeben. Man braucht nur einen Blick in einige unserer hauptsächlichsten Betriebe zu tun und wird finden, daß dort eine übermenschlich lange Arbeitszeit sowie ein Lohn, der zu denen der übrigen Handwerker in gar keinem Verhältnis steht, an der Tagesordnung ist.

Den krassen Ausdruck unserer sozialen Rückständigkeit finden wir aber in der schrankenlosen Lehrlingszuchterei, die heute von einem großen Teil der gärtnerischen Unternehmer in einer für einen emporstrebenden Beruf geradezu unwürdigen Form betrieben wird. Allen denjenigen, die sich sonst stets unseren sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen verschlossen haben, sollte durch dieses zügellose Treiben der Unternehmer ein Licht aufgehen, denn es spricht doch jeder vernunftgemäßen Entwicklung Hohn, wenn eine Firma, die früher zwei bis drei Lehrlinge beschäftigte, nun mit einem Male zehn solche ausbilden will. Daß durch solch ein Beginnen die Arbeitsbedingungen der erwachsenen Kollegen in der ungünstigsten Weise beeinflußt werden, leuchtet jedem wohl ohne weiteres ein.

Der Schwerpunkt all dieser Fragen liegt aber noch auf einem anderen Gebiet. Es ist bekannt, daß alle Lehrlinge, die nach einer dreijährigen Lehrzeit unsere Gärtnereien verlassen, nicht in den Betrieben innerhalb unseres Freistaatsgebiets untergebracht werden können. Sie müssen also, einmal aus diesem Grunde, dann aber auch aus allgemeinen beruflichen Gründen, ihr Brot in Deutschland suchen. Nun ist dort aber die Beschäftigung von Lehrlingen, Einrichtung von staatlich anerkannten Lehrbetrieben, das Prüfungswesen u. a. m. gesetzlich geregelt. In Danzig läßt die Regelung all dieser für das Wohl und Wehe der berufstätigen Kollegenschaft so überaus wichtigen Fragen noch viel zu wünschen übrig. Auf Grund dieser haltlosen Zustände ist es einem Danziger Kollegen aber unmöglich, in Deutschland irgendwo Arbeit zu erhalten. Denn die führenden Betriebe verlangen von jedem Gehilfen ein staatlich beglaubigtes Prüfungszeugnis.

Auch die Fortbildungspflicht der Gärtnerlehrlinge wird in Danzig so lax gehandhabt, daß man in der Praxis von

einem Fortbildungsschulbesuch der Gärtnerlehrlinge gar nicht sprechen kann. Der hiesige Vorsitzende der Arbeitgeber, Herr Keller, hat in seiner Eigenschaft als Hauptvorstandsmitglied des Reichsverbandes deutscher Gartenbaubetriebe der gesetzlichen Regelung der Fortbildungsschulpflicht der Gärtnerlehrlinge in Deutschland zugestimmt. In Danzig geht er ihr systematisch aus dem Wege, indem er dem Staat einen Vorschlag unterbreitet, der alles bisher Geleistete an Gewinnsucht und Entstellung der Tatsachen in den Schatten stellt.

Nach dem Entwurf der Arbeitgeber sollen für ungefähr sechzig Gärtnerlehrlinge 60 Stunden Fachunterricht im Jahre (!) gegeben werden. Und zwar sollen nur die Lehrlinge daran teilnehmen, die sich im 2. und 3. Lehrjahr befinden. Die Anfänger sollen allem Anschein nach nur zum Ausnutzen da sein. Die Kosten dieses Unterrichts sind auf 2100 Gulden veranschlagt. Davon trägt der Senat 1500 Gulden. Der Senatsvertreter hat dieser Finanzierung des Lehrganges seine Zustimmung gegeben. Wie gewinnsüchtig die Arbeitgeber denken, geht aus folgendem Beispiel hervor. An der städtischen Gewerbeschule in Danzig erhält ein geprüfter Akademiker 4 Gulden für eine Lehrstunde. Unsere Arbeitgeber beanspruchen für sich als Honorar für diese nebenberufliche Tätigkeit eine Entschädigung von 6 Gulden die Stunde. Daß der Senatsvertreter dieser leichtfertigen Wirtschaft mit den Groschen der Steuerzahler seine Zustimmung gibt, ist uns unerklärlich.

Aber auch in der Lehrlingsprüfungssache haben die Danziger Garten-Bauern ein Gebäude errichtet, das unserer Ansicht nach auf sehr schwachen Füßen steht. Zwar finden seit ungefähr einem Jahre Lehrlingsprüfungen statt. Aber einmal ist die Sache keine staatlich anerkannte, folglich hat auch das Prüfungszeugnis geringen Wert in der Praxis. Aber außerdem hat man sich dabei noch ein anderes Stückchen geleistet. Um die notwendige Parität vorzutauschen, hat man sich irgend einen älteren Gehilfen herbeigeholt, der zwar nicht die Gleichberechtigung aller übrigen Arbeitnehmer darstellt, dafür aber unorganisiert ist. Auf diese Art und Weise wird der Einfluß des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, der doch die führende gärtnerische Arbeitnehmerorganisation darstellt, ausgeschaltet.

Für uns Arbeitgeber erübrigt sich jedes weitere Auseinandersetzen mit diesen auf die Dauer unerträglichen Berufsausbildungsmethoden. Uns fällt hier die Aufgabe zu, über das halsstarrige Profitbestreben der Unternehmer hinweg die Wege zu besseren neuzeitlichen Berufsausbildungsmethoden zu weisen. Wir fordern von der Gesetzgebung, daß auch der gärtnerische Nachwuchs dieselbe theoretische Ausbildung zugesichert erhält, die alle übrigen Berufe bereits besitzen: Einrichtung von Fachfortbildungsschulen für Gärtnerlehrlinge, staatliche Anerkennung und Prüfung der Lehrbetriebe und endlich amtlich anerkannte paritätische Prüfungskommissionen. Das sind die notwendigsten Gegenwartsaufgaben, deren Verwirklichung sich der Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter zum Ziel gesetzt hat.

Aber auch der theoretischen Weiterbildung der Gärtnergehilfen werden wir unser Augenmerk zuwenden. Die erste Brücke ist dazu geschlagen. In der technischen Hochschule finden jeden Montag abend botanische Vorlesungen mit praktischen Exkursionen statt. Das Eintrittsgeld ist gering bemessen. Wir richten nun an alle Berufskollegen den Ruf, uns in diesen, der Hebung des ganzen Berufs dienenden Bestrebungen zu unterstützen. Erkennt die Tatsache, lernt aus dem Vergangenen und zieht die Schlußfolgerungen daraus: **Organisiere sich jeder Einzelne im Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter, er stellt die tatkräftigste und energischste Interessensvertretung aller gärtnerischen Arbeitnehmer im Kampf um ihre Existenz dar!**

Max Sommerfeld, Danzig.

Außergewöhnlich große Arbeitslosigkeit in der Gärtnerei.

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland wächst seit Juli allgemein. Im Januar betrug die Zahl der Vollerwerbslosen 535 529, stieg im Februar noch auf 593 024, um dann stetig zu fallen bis auf 195 582 im Juli. Sie stieg dann bis Oktober auf 265 566. Der erste Oktober war der letzte Feststellungstag, neue Zählungen sind noch nicht veröffentlicht. Aber alle Beobachtungen zeigen, daß die Arbeitslosigkeit inzwischen weiter erheblich angewachsen ist. Die angegebenen Zahlen umfassen nicht alle Erwerbslosen, sondern nur die Empfänger von Erwerbslosenunterstützung. Die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen ist viel höher, ergab doch allein die Zählung bei 3 707 000 gewerkschaftlichen Mitgliedern am 30. September schon 222 420 Arbeitslose. Die Zahl aller Erwerbslosen wird auf 750 000 geschätzt.

Am schlimmsten ist diesmal wieder unser Beruf betroffen. Der Stand der Arbeitslosigkeit bei den Arbeiterfachverbänden am 30. September wird in Nr. 40/41 des Reichsarbeitsblattes veröffentlicht. Der Durchschnitt für alle Verbände beträgt 4,5 Arbeitslose auf 100 Gewerkschaftsmitglieder. In der Gärtnerei kommen aber auf 100 Mitglieder 10,2 Arbeitslose.

Damit stehen wir an dritthöchster Stelle. Höher stehen nur die Hutarbeiter mit 24,2 Proz. und die christlichen Tabakarbeiter mit 10,3 Proz. Unsere Statistik für Oktober wird ein noch trüberes Bild ergeben. Das zeigen die bereits vorliegenden Zählungen. So sind in Berlin 250, Breslau 102, Essen 32, Hamburg 155, Köln 151, Nürnberg 14 Arbeitslose. Daß unsere Zählungen der Gesamtlage entspricht, zeigt ein Blick in den Arbeitsmarkt der Inseratenblätter. Wohl noch nie sind dort so wenig Stellen im Herbst angeboten worden, als in diesem Jahr.

Wenn man berücksichtigt, daß sonst in den Monaten September und Oktober in der Gärtnerei allgemein eine günstige Arbeitsgelegenheit herrscht, so erscheint die Lage noch ernster und läßt für die Wintermonate noch Schlimmeres erwarten.

Unsere Arbeitslosen müssen ganz besonders gewarnt werden, nach den Großstädten zu kommen. Dort besteht die geringste Möglichkeit, ein Unterkommen zu finden. In dieser Situation ist es doppelt notwendig, die Unorganisierten auf die Organisation aufmerksam zu machen, die ihnen ein Recht auf Arbeitslosenunterstützung gibt.

Christliches, allzu Christliches.

Als vor einigen Monaten die Reichsregierung zur Beruhigung des Volksunwillens über die Zollteuerung mit dem Plan eines Preisabbaues krebsen ging, warfen nationalistische Berliner Abendblätter unter der fetten Überschrift: „Sabotage des Preisabbaues durch die Gewerkschaften“ die Behauptung unter ihre Leser, daß der auch von allen Unternehmern und ihren Syndici dringlichst gewünschte Preisabbau leider nicht kommen könnte, weil die verdammten Gewerkschaften in ihrer engstirnigen Wirtschaftspolitik immer wieder Lohnerhöhungen forderten.

Der Zweck der Übung war klar: Man suchte einen Prügelknaben, dem man alle Schuld am etwaigen Scheitern des Bluffs gleich von vornherein in die Schuhe schieben konnte.

Wenn solche Leute, die am Preisabbau nicht das geringste Interesse haben, ja, ihm sogar innerlich ablehnend gegenüberstehen, weil er die heilige Prophetate schmälert, etwas derartiges tun, soll man sich nicht weiter wundern. Interessant ist aber, daß die schwarz-gelbe „Deutsche Gärtner-Zeitung“, also ein sich „Gewerkschaftszeitung“ nennendes Organ in ihrer neuesten Nummer in das gleiche Horn stößt.

Da ihre Leser natürlich überhaupt nicht wissen, was gespielt wird, tischt sie ihnen das Märchen auf, daß ausgerechnet sozialistische Gewerkschaften den Preisabbau sabotiert hätten. Sucht man nach Beweisen für diese wissentlich falsche Behauptung, dann findet man ziemlich am Schluß des Artikels die Mitteilung, daß Dr. Hilferding im Reichswirtschaftsrat erklärt habe, die vorgenommene Besteuerung der Wirtschaft und die in Kraft stehende Zollvorlage müßten die Preise unbedingt weiter verteuern, so daß die Reichsregierung mit ihren Preissenkungsmaßnahmen das deutsche Volk lediglich nur bluffen wolle, wozu aber die freien Gewerkschaften niemals ihre Hand bieten würden.

Wenn sich nun die schwarz-gelben Gärtnerchristen nicht verkneifen können, daran Kritik zu üben, so bleiben nur zwei Erklärungen übrig: Entweder will man sich an diesem Bluff der Reichsregierung selbst mitbeteiligen, also dem deutschen Volk Sand in die Augen streuen helfen, um seine nationalistische Zuverlässigkeit im Sinne des nimmersatten Reichslandbundes, dem man ja sehr nahe steht, zu zeigen, oder es ist dem Schreiber dieses Pamphlets nur darum zu tun gewesen, den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie eins auszuwischen, um seinen eigenen Laden in desto hellerem Lichte erstrahlen lassen zu können. Man scheint nämlich in der neuen christlichen Redaktion gar nicht beachtet zu haben, daß z. B. die Berliner deutschnationale Stadtverordnetenfraktion einen sozialdemokratischen Antrag zum Preisabbau zu Fall gebracht hat.

Vielleicht war es aber auch nur Ärger, weil Hilferding und Genossen eine Entschließung des christlichen Gewerkschaftsbundes, die lediglich weiße Salbe war, nicht angenommen haben. Oder hat der schwarz-gelbe Gärtnerverband vielleicht die Absicht, keine Lohnforderungen mehr einzureichen, um damit Preissenkungen gärtnerischer Artikel herbeizuführen?

Schließlich kann es uns ja gleich sein, welche Gründe unsere Freunde in Christo für ihre Ausfälle hatten, denn sie haben dadurch ihre eigene Stellung zu diesem Problem enthüllt und sich wieder einmal unsterblich blamiert.

Auf die vorletzte Blamase, den schlesischen Laden mit Importpflanzen und Unternehmerprovisionen zur Finanzierung der Breslauer Geschäftsstelle haben sie bis heute in sieben Sprachen geschwiegen. Das sagt alles.

Statt sich nun vor den Unternehmern wegen dieses Reinfalls zu schämen, versucht man sich sogar bei ihnen anzubiedern. In der schwarz-gelben Zeitung vom 1. Oktober bedauert man nämlich, daß die Arbeitgeber die christliche Gewerkschaftsbewegung nicht gebührend unterstützen, sondern sie mit den freien Gewerkschaften gleichstellen, was übrigens nach unserer Auffassung eine Beleidigung wäre.

Dann rät der betreffende Artikelschreiber den Arbeitgebern dringend, keine Heuchler und Feiglinge zu züchten, wie dies durch die Junggärtnerbewegung sicher geschähe und fragt dann wörtlich: „Wäre es denn nicht möglich, daß in Anlehnung an unseren Deutschen Gärtnerverband, soweit es sich um Berufs- und Fachfragen handelt, ein gemeinsamer Weg gefunden werden könnte?“

Welche Antwort die Arbeitgeber hierauf gegeben haben, wissen wir natürlich nicht, sicher werden sie sich aber ihre eigenen Begriffe darüber gemacht haben, was eigentlich Heuchler sind.

Nur Dumme zahlen Verbandsbeiträge . . .

Die Arbeitgeber benutzen ihre ganze Intelligenz, um unsere Mitglieder zu überzeugen, daß es unklug und schädlich für unsere Kollegen sei, wenn sie Verbandsbeiträge für ihre gewerkschaftliche Organisation zahlen. Von diesen Beiträgen würden lediglich die Verbandsangestellten „gemästet“, die Mitglieder selbst hätten nur Schaden davon, denn wenn sie auch nicht im Verband wären, würden sie trotzdem Tariftlöhne, ja, noch darüber erhalten.

Zahlreiche Kollegen sind schon darauf hineingefallen. Sie haben aber sehr bald einsehen müssen, daß das Gegenteil von dem richtig ist, was die Arbeitgeber und ihre Kulis behaupten. Für jeden Einsichtigen ist das klar, und oft genug warnen wir unsere Mitglieder, denn jeder müßte doch einsehen, daß der Verband und die Beitragszahlung notwendig sind, weil auch die Arbeitgeber eine gute Organisation besitzen, für diese rege agitieren und erhebliche Beiträge leisten. Müßten doch die Unternehmer jetzt sogar einen Sonderjahresbeitrag von 12 M. entrichten, um ihren Verband noch weiter auszubauen. Wir wissen auch aus alter Erfahrung, daß die Arbeitgeber nie anständige Löhne zahlen, wenn sie nicht durch unsere Organisation dazu gezwungen werden.

Ein Beweis, daß unsere Auffassung richtig ist, zeigt ein Brief vom 1. Nov. 1925. Es wird geschrieben:

„Werte Kollegen!

Im Auftrage meiner Kollegen und der in dem hiesigen Betrieb beschäftigten Arbeiter und Frauen ersuche ich um Zusendung der Statuten und Aufnahmescheine. Wir möchten dem Verbands wieder beitreten. Dem Betrieb fällt es nicht ein, die Löhne zu erhöhen, wenn keine Organisation dahinter steht.“

Diese Erfahrung haben die Kollegen sogar in Tangerhütte gemacht und glücklicherweise daraus ihre Schlussfolgerung gezogen. Wir registrieren dies als Warnung für solche Kollegen, die glauben, in Zukunft ohne Organisation besser vorwärts zu kommen.

Der Erfolg im Produzieren beruht doch ausschließlich auf der Geschicklichkeit des Produzenten, dem Konsumenten mit dem zu dienen, was ihm gefällt. Ihm kann nur durch Qualität und Preis gedient werden. Am besten wird ihm gedient durch höchste Qualität bei niedrigstem Preise, und wer dem Konsumenten die höchste Qualität zu niedrigstem Preise zu liefern vermag, der wird unfehlbar ein Führer der Industrie werden, gleichviel welchen Artikel er produziert.

Aus: Henry Ford: Mein Leben und Werk.

Arbeitskämpfe und Tarife

Bremen. Mit der Gruppe Bremen des Reichsverbandes der Gartenbaubetriebe ist ein Rahmentarifvertrag abgeschlossen worden. Er gilt für die Handels-, Baumschul- und Gemüsegärtnereien mit Wirkung vom 9. September bis zunächst 31. März 1926. Wird der Vertrag nicht einen Monat vorher gekündigt, läuft er ein Jahr weiter.

Die Arbeitszeit beträgt vom 1. März bis 30. September 9 Stunden täglich oder 54 Stunden wöchentlich, vom 1. Oktober bis Ende Februar 8 Stunden täglich oder 48 Stunden wöchentlich. Überstunden werden mit 25 Proz. Aufschlag bezahlt. Urlaub wird nach einjähriger Tätigkeit gewährt. Seine Dauer unterliegt der freien Vereinbarung.

Privatgärtnerei

Privatgärtnerfreuden.

Eine wunderbare Stellung, die wir jedem Kollegen empfehlen können, hat der Landrat von Lossow in Rotenburg (Hann.) zu vergeben. Zuerst schreibt er an die sich bewerbenden Kollegen, daß er nur eine Persönlichkeit gebrauchen könne, die selbständige Arbeiten zu leisten gewöhnt ist. Besonderen Wert lege er auf Staudenzucht usw. Wenn nun die Kollegen — geschmeichelt von dem Vertrauen, als tüchtige Persönlichkeit gewertet zu werden — näheres über die Stelle wissen wollen, erhalten sie die mit Schreibmaschine vervielfältigten „Bedingungen“. Daraus ergibt sich, daß das Grundstück 14 Morgen groß ist. Außerdem sind noch 2 Morgen Acker und 9 Morgen Wiesen vorhanden, bei deren Bearbeitung der Gärtner auch helfen muß. Ferner muß der Gärtner bei der Besorgung der Schafe und Schweine, der Kuh und des

Pferdes einspringen, was „ohne Schwierigkeit und ohne wesentlichen Zeitverlust für die eigentliche Gartenarbeit“ möglich sei!

Ferner ist im Winter die Zentralheizung zu bedienen, auch muß das Stiefelputzen für den Hausherrn mit übernommen werden. Und dann heißt es beruhigend: Sonstige Bedienung im Hause kommt kaum vor. Die Stellung ist absolut selbständig und eine Vertrauensstellung. (!)

Mehr Ironie kann man wohl kaum in einigen Zeilen aufhäufen. Wie muß sich wohl im Kopfe des Herrn von Lossow ein Gärtner darstellen? Was nutzen alle Prüfungen, wenn man dann Schweinehirt, Kuhmelker, Heizer und Stiefelputzer spielen soll? Arbeit schändet gewiß nicht, aber wozu braucht man denn dann in allen Fächern seines Berufs firm zu sein, wenn man die Tüchtigkeit überhaupt nicht beweisen kann? Schließlich beachte man noch die Größe des Grundstücks und vergleiche sie mit der Menge Nebenarbeit! Wie soll ein einziger Mann das alles bewältigen, ohne sich den Vorwurf der Vernachlässigung des einen oder anderen Gebiets zu ersparen? Darüber macht sich aber ein Landrat von Adel wenig Kopfschmerzen. Ist der Gärtner eben kein Universalgenie, dann fliegt er und sein Zeugnis fällt obendrein noch so aus, daß ihm Schwierigkeiten beim späteren Fortkommen entstehen. Wann wird sich die Kollegenschaft endlich besinnen und solchen Leuten die richtige Antwort erteilen?

Lehrlings- und Bildungswesen

Lichtbildervorträge der Ortsverwaltung Berlin.

Vor kurzem hat sich unsere Ortsverwaltung Berlin einen modernen Lichtbildapparat mit Epidiaskop und Filmstreifenführung zugelegt, der es ermöglicht, die überall eingeführten Fachvorträge durch naturwahre Aufnahmen intensiv zu unterstützen. In verschiedenen Bezirken sind diese Bilder bereits gezeigt worden und haben viel Beifall gefunden, so daß ihre Einführung auch in anderen Gauen nur noch eine Frage der Zeit ist.

Gärtnerlehrlingsprüfungen in der Rheinprovinz.

An den Lehrlingsprüfungen im August 1925 nahmen 79 Lehrlinge teil. Von diesen erhielten die Note: Sehr gut 8 Prüflinge, gut 37, genügend 33. Ein Prüfling bestand die Prüfung nicht. Mit diesen Prüflingen haben sich im Jahre 1925 insgesamt 205 Lehrlinge aus anerkannten Lehrwirtschäften der Prüfung vor den Prüfungsausschüssen der Landwirtschaftskammer unterzogen.

Die Meldungen für die Prüfungen im Februar 1926, einschließlich der sämtlichen bekannten, auch im Gärtnerischen Tagebuch veröffentlichten Unterlagen, haben bis spätestens 15. Januar 1926 zu erfolgen. Geprüft werden nur Lehrlinge (keine Gehilfen) aus anerkannten Lehrwirtschäften, deren Lehrzeit bis zum 30. Juni 1926 zu Ende geht und von denen der Lehrvertrag bei der Landwirtschaftskammer vorliegt. Bei verspäteten Meldungen ist von seiten des Lehrherrn eine Sondergebühr von 20 M. zu entrichten, sofern überhaupt eine Annahme der Meldung noch erfolgen kann.

Dreimonatskursus 1926 an der gärtnerischen Versuchsanstalt und Schule in Friesdorf.

Zu dem am 1. April 1926 beginnenden Dreimonatskursus werden die Meldungen bis zum 1. Dezember d. J. entgegengenommen. Zur Meldung sind einzusenden: Lebenslauf, Leumundzeugnis, Schul-, Fortbildungsschul-, Lehrzeugnis und Gehilfenzeugnisse im Original oder beglaubigter Abschrift, sowie eine Bestätigung des Vaters, die Kosten des Schulbesuches tragen zu wollen. Die Schüler haben für Wohnung und Verpflegung selbst aufzukommen; das Schulgeld beträgt 25 Mark. Aufgenommen kann nur eine beschränkte Zahl junger Gärtner werden. Bei dem derzeitigen stärkeren Andrang zur Schule werden voraussichtlich die Meldungen der älteren und derjenigen bevorzugt, die gute Schul- und Prüfungszeugnisse vorweisen können.

Berichte

Gärtnereritagung der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer.

Am 26. Oktober fand die Sitzung der Fachabteilung für Gärtnerei der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer in Altona unter reger Beteiligung des gesamten deutschen Gartenbaues und im Beisein von Vertretern der Reichs- und Staatsbehörden statt.

Die umfangreichen Beratungen erstreckten sich u. a. auf Fragen der einheitlichen Regelung der Lehrlingshaltung und -prüfung. Ferner wurde die wirtschaftspolitische Lage des Gartenbaues unter besonderer Berücksichtigung der Handelspolitik sehr eingehend erörtert. Dr. Ritter betonte, daß man nicht nur die ausländische Konkurrenz, sondern auch die Rückwirkung von Zöllen (!) beachten müsse. Er lenkte in seinem Vortrag die Aufmerksamkeit des Gartenbaues auf die Nachteiligkeit der hohen Industriezölle und ihre indirekten Auswirkungen. Die Zollneuregelung im August wurde als schädlich bezeichnet, da sie die Disparität zwischen Agrarzöllen und Industriezöllen nicht verringert, sondern sehr vergrößert habe, wobei die beabsichtigte Herabsetzung der Agrarzölle auf handelspolitische Wege zu beachten sei. Im Beschluß kommt u. a. zum Ausdruck, daß bei den Handelsverträgen unbedingt die Industriezölle herabgesetzt werden müssen.

Weitere Gegenstände der Beratung waren u. a. die Obergärtnerfrage und das Arbeitslosenversicherungs-gesetz. Große Empörung herrschte darüber, daß der Gartenbau im Reichswirtschaftsrat nach dem Referentenentwurf keinen ständigen Sitz bekommen soll, während Forstwirtschaft und Fischerei bedacht sind, obgleich der Wert ihrer Produktion sehr viel geringer ist als der große Wert der Erzeugung des Gartenbaues.

Wir kommen gelegentlich noch ausführlicher auf diese wunderbare Tagung zurück. Heute möchten wir nur unserer Schadenfreude über das Chaos in der Zollpolitik Ausdruck geben. Erst großes Brimborium, jeder ist ein vaterlandsloser Geselle, der nicht unbesehen die Zollvorschlüsse der Garten-Bauern heilig spricht. Jetzt fährt man sich in die Haare, weil der andere einen größeren Happen weggeschnappt hat oder — weil die selbstverständlichen Folgen dieser bösen Tat eingetreten sind. Nun soll die Industrie mit Herabsetzung ihrer Zölle beglückt werden, also wieder weiße Salbe! O heilig St. Florian, verschon' me in Haus, zünd' andere an.

Der Handelsvertrag mit Italien

ist unterzeichnet. Deutschland hat darin Zugeständnisse für die Einfuhr von Wein, Obst, Gemüse usw. gemacht, dafür aber die lückenlose Meistbegünstigung für den Export nach Italien erhalten. Sobald die uns interessierenden Zollsätze bekannt sind, werden wir ausführlich auf die Angelegenheit zurückkommen. Bemerkenswert sei nur noch, daß inzwischen der Zollikrieg zwischen Deutschland und Spanien ausgebrochen ist. Das Ganze nennt man Wirtschaft!

Ausland

Arbeiterräte in Luxemburg.

Arbeiterräte mit weitgehenden Befugnissen bestanden in Luxemburg seit April 1919, wurden jedoch im März 1921 unter französischem und belgischem Druck wieder aufgehoben. Nunmehr verfügt ein Regierungsbeschluß die Wiedereinführung, allerdings mit verminderten Befugnissen, und zwar ausschließlich sozialer Art. Ein wirtschaftliches Mitbestimmungsrecht gibt es nicht. Die Angestellten fallen nicht unter das Gesetz. Ebensovienig enthält dasselbe einen Enffassungsschutz, und auch bei der Arbeitsordnung sind die Arbeiterräte nur zu hören. Sonst entsprechen die Bestimmungen weitgehend dem deutschen Betriebsrätegesetz, soweit dessen soziale Aufgaben und Rechte in Frage kommen.

Rundschau

Vom Preisabbau.

Einer Zusammenstellung der „Frankfurter Zeitung“ zufolge werden infolge der neuen Zölle die Preise für nachstehende Lebensmittel, in denen ein Einfuhrbedarf vorhanden ist, in folgendem Ausmaß verteuert: Beim amerikanischen Schmalz, dessen Preis heute sich auf 108 Pf. pro Pfund stellt, bringt der Zoll eine weitere Belastung von 5 Pf. pro Pfund. Dazu kommt noch, daß die amerikanischen Preise eine steigende Tendenz zeigen. Bei Corned beef beträgt der Zoll 22 Pf. pro Pfund. Hier wird also eine außerordentliche Verteuerung durch den Zoll eintreten. Die Butter wird pro Pfund um 11 Pf. durch den Zoll verteuert, kondensierte Milch um 18 Pf. pro Dose. Die Kuhmilch wird in demselben Maße teurer werden. Der Zoll auf Eier macht pro Ei einen halben Pfennig aus. Ohne Zoll würde eine erhebliche Preissenkung eintreten.

Erbauliches aus der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat in der letzten Zeit einigen Verdruß gehabt. Da war zuerst die bekannte Affäre mit der berühmten Aktennotiz des Geschäftsführers Dr. Meißinger, die in unrechte Hände geriet und viel Staub aufgewirbelt hat.

Außerdem riecht es aber in ihrer Hauptverwaltung ganz unheimlich. Ein Angestellter Schubert der Vereinigung war der Unterschlagung angeklagt. Viel Gehalt hatte er nicht bekommen, aber er haß sich mit Unterschlagungen. Drei Jahre hindurch hat er mit den unterschlagenen Geldern ein flottes Leben geführt und dabei über 40 000 M. verbraucht. Trotzdem hat der vereidigte Bücherrevisor bei der jährlichen Revision alles in Ordnung befunden! Schließlich kam während des Urlaubs des Sch. die Sache durch seinen Vertreter ans Licht, und Schubert bekam für Unterschlagung in etwa 100 Fällen acht Monate Gefängnis.

An sich wäre dieser Fall nicht besonders wichtig, pikant ist es nur, daß er der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände passierte, die sonst so tapfer schimpft, wenn Veruntreuungen weit geringeren Umfanges in einer Gewerkschaft vorkamen. Viel interessanter ist, was in der Gerichtsverhandlung über den Geschäftsbetrieb in der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände festgestellt wurde. Die Geschäftsführer und die leitenden Persönlichkeiten in der Vereinigung sind fast ausschließlich frühere Offiziere, die von den Geschäften keine Ahnung haben, es aber gut verstehen, Spesen zu schinden. Nicht nur, daß sie für ihre Reisen Fahrkarten zweiter Klasse kauften und sich die Kosten erstatten ließen, auch die Beträge, die sie für Spesen und Propagandazwecke erhielten, standen in keinem Verhältnis zu den

wirklichen Ausgaben. So liquidierten z. B. drei Geschäftsführer monatlich 6000 M. an Gehalt und hielten die Sitzungen in den teuersten Weinklokalen ab. Solche Beispiele färben natürlich auf den schlecht bezahlten Kassierer ab, dem überdies seine Unterschlagungen durch die fehlende Kontrolle sehr erleichtert wurden. Diese Wirtschaft ist aber bei der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände schon lange in Übung. Der frühere Kassierer hat sieben Jahre hindurch an dieser Stelle Dienst getan und Gelder unterschlagen.

Während untergeordnete Angestellte von dem Gelde der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände einen guten Tag leben, ist es zwischen dem Vorstand und einzelnen Geschäftsführern zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Einen weiteren Verdruß hat den leitenden Männern der Vorsteher der Propagandaabteilung, Herr v. Zengen, mit seiner so unzeitgemäßen Propaganda für eine Arbeitsgemeinschaft gemacht, die verschwenderische Ausgaben verschlang. Dabei wurde auch viel Geld in Presseerzeugnisse gesteckt, die den Eindruck erwecken, als kämen sie von arbeiterfreundlicher Seite, während sie in Wirklichkeit den Zwecken der Scharfmacher dienen, von diesen aber mit 300 Proz. Aufschlag bezahlt werden mußten, weil angeblich die Beiträge nicht zulangten.

Es riecht in der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Wenn man demnächst von einer Umgruppierung in ihrer Geschäftsleitung hört, braucht man sich nicht zu wundern. Jedenfalls haben die Herrschaften, die den Anspruch erheben, als die Reiniger des öffentlichen Lebens angesehen zu werden, alle Ursache, zunächst an sich selbst eine gründliche Reinigung vorzunehmen.

Riesenkampf in der Glasindustrie.

Am 31. August traten die Niederlausitzer Glasarbeiter in den Streik, weil alle ihre Bemühungen um Wiedergewinnung des Achtstundentages an den Hochöfen umsonst waren. Weder das Reichsarbeitsministerium noch der Schlichter haben sich veranlaßt gesehen, in dieser eminent gesundheitlichen Frage die Initiative zu ergreifen. Nach vierwöchiger Dauer des Streiks sperrte der Schutzverband Deutscher Glasfabriken alle schlesischen Weißglasarbeiter aus, um auf diese Weise einen Druck auf die gesamte Glasarbeiterschaft auszuüben und die Verbandskasse zu sprengen. Bis heute tobt der Kampf noch immer, da die neuen Scharfmacher im Arbeitgeberverband behaupten, die Weißglasindustrie könne mit dem Achtstundentag nicht auskommen. Sie werden sich aber täuschen, denn die Glasarbeiter wissen, daß sie mit ihrem Kampf der gesamten Arbeiterschaft dienen und sie werden deshalb aushalten.

Die kulturelle Bedeutung des Radio

wird wohl von niemand mehr bestritten. Nicht mehr an räumliche Grenzen gebunden, vermag der Mensch seine Kunst und seine Kenntnisse hinauszurufen bis ans Ende der Welt. Das durch Radio verbreitete Wort kann von Millionen von Menschen gehört werden, und seine Wirksamkeit ist keinem anderen gleichzustellen. Wenn bis jetzt die Nachrichtenvermittlung durch Radio noch so geringe Bedeutung hat, so liegt dies zum Teil an der Jugend der Radiotelephonie, aber auch an dem Pressekapital, das sich der vollen Ausnutzung des Radio auf diesem Gebiete widersetzt. Aber technische Fortschritte setzen sich auch gegen die Interessen von einzelnen Gruppen durch, und die Verbreitung des Wissens in der breiten Masse wird durch Radio geschehen.

So betrachtet, kann es uns, die wir ein Programm verfechten, nicht gleichgültig sein, in wessen Händen diese neue Großmacht liegt. Diese Frage rührt an unsere tiefsten Lebensinteressen und kann zu einer Unterlassungssünde führen, von der sich die lebende Generation des klassenbewußten Proletariats nicht würde reinwaschen können.

Der Arbeiter-Radio-Klub befaßt sich mit dem Problem und sucht die Wege zur Lösung. Um zu zeigen, was er bis jetzt geleistet hat und um in großzügiger Weise seine Ideen zu propagieren, hat er sich entschlossen, in Leipzig (Gohliser Messhalle) vom 14.—22. November eine Ausstellung zu veranstalten. Jeder hat die Möglichkeit, durch rege Beteiligung und Besuch der Ausstellung dem Arbeiter-Radio-Klub zu helfen. Man wende sich sofort an die Ausstellung der Dafa, Leipzig, Sternwartenstraße 40.

Bekanntmachungen

Bremen. Vom 15. November bis 15. Dezember werden alle Mitgliedsbücher und -karten zwecks Kontrolle eingezogen. Die Mitglieder wollen ihre Bücher und Karten zur Abholung durch den Kassierer bereit halten.

Ortsverwaltung München. Samstag, den 21. November, abends 8 Uhr, im Großen Saale des Gewerkschaftshauses, Pestalozzistr. 40, Vorführung eines „Gärtnerischen Lehrfilms“ der Badischen Anilin- und Sodafabrik, der in anschaulicher Weise die Anwendung und Wirkung der künstl. Düngemittel zeigt. Der Besuch ist daher allen Kollegen zu empfehlen.

Außerdem gelangt der Film „Allan, der Walfischfänger“ (ein Drama aus dem abenteuerlichen Leben der Walfischfänger) zur Aufführung.

Zu dieser Veranstaltung können die Kollegen auch ihre Angehörigen mitbringen. Beginn pünktlich 8 Uhr. Eintritt 0,50 M.

Die auswärtigen Kollegen, die am Samstag abend die Veranstaltung nicht besuchen können, machen wir darauf aufmerksam, daß auf unsere Veranlassung hin der Lehrfilm im Anschluß an die regelmäßigen Filmvorführungen am Sonntag, 22. November, vorm. 10 Uhr, nachm. 4/3 und 5 Uhr, sowie abends 8 Uhr ebenfalls zur Aufführung gelangt.

Die Ortsverwaltung: I. A. Kirsche.

Der Allg. Deutsche Gärtner-Kalender 1926 ist erschienen.

Unentbehrlich für jeden strebsamen Fachmann. — Seit 20 Jahren überall eingeführt und beliebt. — Enthält zahlreiche Tabellen über Obst-, Rosenarten, Düngung, Schädlingsbekämpfung. — Bestimmungen über Obergärtner- und Lehrlingsprüfungen. — Anerkennung der Lehrbetriebe, Formeln zur Berechnung von Flächen, Raum für tägliche Eintragungen usw. — Preis nur 1,10 M., zuzügl. 10 Pf. Porto (Nachnahme 20 Pf. mehr). Zu beziehen durch die Haupt- und Gauverwaltungen des Verbandes.

Einmaliges Angebot

Pinczower & Bermann Berlin C 19, Scharrenstraße 11-13 stoßen billig ab:

seidene und kunstseidene Bänder

gemustert u ungemustert für Dekoration und Garnierung für Bindereien geeignet

Gärtnerei

Glänzende Existenz, da einjige am Orte. Nächste Nähe (Straßenbahnverbindung) von Dresden Moderner Betrieb, billig, bei geringer Anzahlung, zu verkaufen. Anfragen unter Nr. 16 347 an Grunow & Co., Leipzig, Inselstraße 20

Preiswerte

Asterstauden

unter Nachnahme à 0,15 Mark verlässlich

Gutsgärtnerei

Samow, nahe Gnoien in Mecklenburg.

Fichte: **Bindetanne**, Preis pro Ct. 2,50 Mark frei Bahnhof Tettenborn

Fichte: **Deckreisig**, Preis pro Ct. 2,00 Mark frei Bahnhof Tettenborn

liefert

Friedrich Krieghoff

Bad Sachsa am Harz, Ringstraße 25



Harmon., Sprechapparate, Fabrikation

Großkatalog gratis, Fabrik eise. Reell. Schallpl. p. St. 2,50 M. Ernst Def. Nachf., Rillingenthal Ca. 516 Orgt. 1872

Meine Offerte ein Schlager!

Trotz des enorm erhöhten Zolles biete ich zu untenstehenden äußerst niedrigen Preisen für fracht- und zollfreie Lieferung Prima Qualität Blumenzwiebeln an.

Table with 3 columns: Flower name, 10 Stück, 100 Stück. Includes Hyazinthen, Für Töpfe und Gläser, Bedding, Rommel zum Treiben, Rommel fürs Freie, Miniatur.

Farben rosa, rot, weiß, hell- und dunkelblau, gelb und violett nach Ihrer Wahl.

25 St. oder mehr werden nach 100-Preis berechnet.

Großes Garten-Sortiment.

- 100 Hyazinthen in den schönsten Farben. 100 Einfache frühe Tulpen. 100 Gefüllte frühe Tulpen. 100 Darwin-Tulpen, langstiel., im Mai blühend. 100 Papagei-Tulpen. 400 Spanische Iris in prachtvollen Sorten. 100 Wunderschöne Gartenlilien. 200 Ixia. 100 Trauben-Hyazinthen. 200 Narzissen. 100 Crocus. 200 Schneeglöckchen.

Zus.: 1800 Blumenzwiebeln, fracht- u. zol frei Empfänger nur M. 98,—

Das halbe Sortiment, also die Hälfte von jeder Sorte im großen Sortiment, 900 Blumenzwiebeln für nur M. 50,—

Ein Viertel des großen Sortiments, 450 Blumenzwiebeln M. 26,—

Das große Treib-Sortiment.

- 100 Hyazinthen für Töpfe und Gläser in Sorten. 100 Einfache frühe Tulpen in besten Treibsorten. 100 Gefüllte frühe Tulpen in besten Treibsorten. 100 Darwin-Tulpen in besten Treibsorten. 160 Narzissen in Sorten. 100 Crocus in Sorten. 100 Trauben-Hyazinthen. 100 Frühblühende Gladiolus in 4 Sorten. 200 Spanische Iris in 4 Treibsorten. 60 Prachtvolle Lilien zum Treiben.

Diese 1120 besond. z. Treib. geeignete Blumenzwiebeln nur M. 98,—

Das halbe Treib-Sortiment, 560 Blumenzwiebeln nur M. 50,—

Ein Viertel des groß., Treibsortiments, 280 Blumenzw. nur M. 26,—

Aufträge von M. 25,— an, ganz fracht- und zollfrei Empfänger durch ganz Deutschland. Bezahlung per Nachnahme.

Verpackung wird nicht berechnet.

Bei Voreinsendung des Betrages packe ich der Sendung gratis einige wertvolle Blumenzwiebeln bei!

Zugreifen! Nicht die einzige versäumen! Gelegenheit

Ausführliche Preisliste auf Verlangen franko!

G. A. Spilker, Blumenzwiebel-Züchter Hillegom, Holland

Gärtner-Chauffeur

Gelernter Gärtner, Führerschein IIIb, 27 Jahre alt, sucht Stellung sofort oder später in gutem Hause, wo Heirat gestattet ist und Frau, wenn möglich, im Haushalt tätig sein kann. Hans Tobias b. Löser, Berlin-Fichtenau, Am Fließ.

Verheirateter GÄRTNER

evang., erf. in Gemüß- u. Obstzucht sowie Treibhäusern, Frühbeeten und Parkpflege, zum baldigen Antritt gesucht. Zeugnis-Abschr., kurzer Lebenslauf und Gehaltsford. erb. an Frhr. v. Werthern, Schloß Wiehe, Bez. Halle.

Kaufmann

Mitte 20, der aus Neigung zum Gärtnerberuf übergeben möchte, sucht in größerem Betriebe Volontärstellung bei freier Wohnung, Verpflegung u. Taschengeld. Eintritt bald. Off. unt. B. L. 3893 an Hla Haasenstein u. Vogler, Frankfurt a. Main.

KRÄNZE UND GUIRLANDEN

aus Tannengrün liefern jede Menge billigst Hönscheid & Co., Gerarode a. Harz, Osterallee 4.

SIE RAUCHEN ZU VIEL!

Nichtraucher

in kurzer Zeit durch unsere „Putsch“-Tabletten 20 Tabletten 2,20 RM., 60 Tabletten 5 RM. gegen Nachn. Gebrüder Gudjons, Bernau b. Berlin. Vertreter gesucht.



„BUTTERS“ Qualitätswerkzeuge

sind weltberühmt. Man verlange in Samen- u. Gerätehandlungen nur Werkzeuge der Firma

Oskar Butfer Gartenwerkzeugfabrik BAUTZEN

wo nicht erhältlich, ab Fabrik Preislisten zu Diensten

Ausnahme - Offerte!

In Ia prima gesunder und nützlicher Ware. Hochst. Apfel, Birnen u. Kirschen pro % M. 240, extra M. 280. Pflaumen und Zwetschen pro % M. 400. Halbst. Apfel, Birnen u. Kirschen pro % M. 165, extra M. 18. Blaumen und Zwetschen pro % M. 280. Büsche Apfel 1/2l., 3/4l. pro % M. 120 und 150, Birnen 1/2l., 3/4l. M. 150, 210, Kirschen, Schattentorellen 1/2l., 3/4l. pro % M. 90 und 120; extra starke und höher pro % M. 250, Pflaumen 1/2l. pro % M. 180. Zentrale Schurabäume: Apfel 1/2l., 3/4l. pro % M. 120 u. 150. Birnen 1/2l., 3/4l. pro % M. 150 und 210. Wagerichte Apfel 2 arg. pro % M. 195, Spal.-Apfel un Birnen pro % M. 165 und 195. Stachelbeerenfr. pro % M. 50, Johannisbeerenfr. pro % M. 21-42. Hochst. Stachel- und Johannisbeeren pro % M. 180. Kirschräucher u. Gehölze, auch z. Treiben pro % M. 48-12. Fliederfr. und Stämme bereh. pro % M. 180-450. Selbstklimmer Reibst. und Engelmann pro % M. 70. Ferner alle anderen Baumkulturartikel billigst auf Antrag. Schwäbische gesunde wüchsige 2. W. 30% billiger. W. Malolepsu, Baumkulturen, Oranienf. W., Bernr. 1-13

Für die Leitung einer größeren Treibhaus-Anlage wird durchaus tüchtige und vertrauenswürdige erste gärtnerische Kraft gesucht

die nachweislich auch beste prakt. Erfolge erzielt hat. Kenntnisse neuzeitlicher Anlagen Vorbedingung. Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnis-Abschriften und Gehaltsanspruch, sowie Bild erbeten unter A. O. 2378 an ALA, HAASENSTEIN & VOGLER / ESSEN